

Glaube und Leben

Kirchenzeitung für das Bistum Mainz

Spieglein an der Wand
Alte Menschen erzählen,
wie wichtig Schönheit ist



► LEBEN SEITE 7

Christen im Nahen Osten
Neue Bücher zu einem
aktuellen Thema

► BÜCHERSEITE 14

„Entartete Kunst“ nachgemalt
Pfarrgemeinde mit einer
kreativen Gedenkveranstaltung

► BISTUM SEITE 9



22. Januar 2017 Nr. 3 73. Jahrgang 2,10 Euro

www.kirchenzeitung.de

Glaube und Leben • Postfach 2049 • 55010 Mainz

DIE WOCHE

Priestermangel bereitet Sorgen

Mainz (mbn). Auf den Mangel an Priestern im Bistum wies Diözesanadministrator Dietmar Giebelmann beim Neujahrsempfang des Bistums Mainz hin. Er sagte, dass „die schwindende Zahl junger Männer, die den Ruf in die Nachfolge Jesu zum Priestertum annehmen, uns sorgenvoll in die Zukunft schauen lässt“. Gleichwohl sei er davon überzeugt, „dass Gott auch heute ruft, nur dass es schwerer geworden ist, diesem Ruf zu folgen“. Weiter erläuterte er: „Wir wissen kaum noch, wie wir die Pfarrstellen besetzen können; größere pastorale Einheiten sind auch keine Lösung.“ Der Neujahrsempfang, zu dem unter anderem die Mitglieder des Domkapitels und die Ordensoberen eingeladen waren, fand im Ketteler-Saal des Erbacher Hofes in Mainz statt.

„Weihbischof Guballa Haus“ gesegnet



Darmstadt (pm). Ein neues Zuhause für Kinder und Jugendliche ist das „Weihbischof Guballa Haus“ in Darmstadt. Diözesanadministrator Dietmar Giebelmann segnete die Räume der neuen Einrichtung am vergangenen Sonntag. Die Wohngruppe für Kinder und Jugendliche, die aus verschiedensten Gründen ihr Elternhaus verlassen mussten, darunter Flüchtlinge, befindet sich im früheren Konventhaus des Deutschen Ordens. Für Umbau und Renovierung gab die Caritas Darmstadt rund 100 000 Euro aus, zudem 30 000 Euro für die Einrichtung der Zimmer. Das Haus bietet zehn Plätze und zwei Notfallplätze.

Vatikan öffnet Kirche für Obdachlose

Rom (kna). Wegen des Winterwetters hat der Vatikan die Kirche San Calisto im Stadtteil Trastevere zur Schlafstätte für Obdachlose umfunktioniert. Die Betten in der Kirche sollen bis zum Ende der Kältezeit zur Verfügung stehen. Wer nicht in eine Unterkunft möchte, kann mit Schlafsäcken in Autos des Vatikans übernachten.



Foto: KNA

Pflegebedürftige oft respektlos behandelt

Berlin (kna). Mitarbeiter in Pflegeheimen und bei ambulanten Pflegediensten erleben einer Erhebung zufolge einen oft respektlosen Umgang mit Pflegebedürftigen. Wie aus einer repräsentativen Befragung der „Stiftung Zentrum für Qualität in der Pflege“ hervorgeht, berichtet rund ein Drittel der Mitarbeiter, dass Rechte von Pflegebedürftigen regelmäßig missachtet würden.

ZITIERT

„Wie man isst und was man isst, das hat in unserem Land fast religiöse Züge.“

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) zu Debatten über richtige Ernährung und Landwirtschaft

FUNDSTÜCK

Zwei Bischöfe – ein Motto

Die leitenden Bischöfe der großen Kirchen in Deutschland haben dasselbe biblische Motto: „Der Herr ist der Geist, und wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit“ aus dem 2. Korintherbrief ist der letzte Satz der Habilitation des EKD-Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm und sein Motto als Bischof. Einige Monate nach seinem Amtsantritt habe er gelesen, dieser Vers sei auch das Bischofsmotto seines „katholischen Bruders Kardinal Reinhard Marx“, so Bedford-Strohm jüngst bei einem Vortrag.



Noch „geduldet“: Dokument einer ausgesetzten Abschiebung. Die Rückführung abgelehnter Asylbewerber ist oft schwierig, zumal, wenn das Herkunftsland unklar ist. Foto: dpa

Geld als Druckmittel

Soll man Entwicklungshilfe kürzen, wenn Herkunftsstaaten Asylbewerber nicht zurücknehmen?

Von Kerstin Ostendorf

Damit Länder wie Marokko und Tunesien ihre Bürger, die als Asylbewerber in Deutschland abgelehnt wurden, zurücknehmen, könnte man – wenn sie dem nicht entsprechen – deutsche Entwicklungshilfe kürzen. Die Idee klingt naheliegend, doch Experten warnen.

Die Idee köchelt in den politischen Debatten schon länger. Seit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt durch den Tunesier Anis Amri, der Behörden als „Gefährder“ bekannt war, ist sie wieder populär. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), SPD-Chef Sigmar Gabriel und Justizminister Heiko Maas (SPD) liebäugeln mit der Forderung. Eine gute Idee, wert diskutiert zu

werden oder steckt politischer Aktionismus dahinter?

Innerhalb der ausreisepflichtigen Flüchtlinge ist die Gruppe, die aus den Maghreb-Staaten kommt, klein. 1800 Menschen zählen dazu – bei insgesamt 52 000 Ausreisepflichtigen –, wie Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) sagt. Bislang allerdings tun sich Marokko, Tunesien und Algerien äußerst schwer damit, Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Da haben Gespräche und etwa der Besuch von Innenminister de Maizière im vergangenen Februar nur wenig genützt. Nur 110 Menschen aus Deutschland sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt.

Entwicklungshilfe ist auch in deutschem Interesse

Dennoch warnt Müller davor, Entwicklungshilfe als Druckmittel zu benutzen. „Sie ist auch im

deutschen Interesse, weil sie die Länder stabilisiert und damit Fluchtursachen beseitigt.“ In Tunesien etwa fördert Deutschland neben Umwelt- und Ressourcenschutz, Wirtschaftsentwicklung und erneuerbaren Energien vor allem die berufliche Bildung von Jugendlichen. Seit den 1960er Jahren hat das Land insgesamt 1,5 Milliarden Euro erhalten.

Dass aber etwas getan werden muss, um die Situation zu klären, ist unbestritten. Der Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Dirk Messner, hält Sanktionen durchaus für legitim. Sie müssten sich aber gezielt gegen die Regierungen richten, wie etwa eine Kürzung der Exportförderung. Die arme Bevölkerung dürfe von solchen Maßnahmen nicht getroffen werden.

Bedenken gegen Kürzungen haben aber auch Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sowie

die Kirchen: „Mittelkürzungen sind kontraproduktiv und das falsche Signal“, so der Vorsitzende der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, Karl Jüsten.

Kirchen sehen Kürzungen kritisch

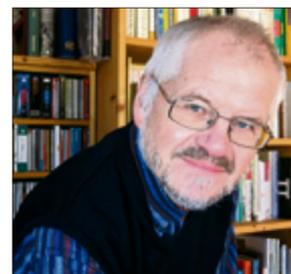
Sein evangelischer Amtskollege Martin Dutzmann stimmt zu: „Als christliche Kirchen fordern wir, dass dort geholfen wird, wo die Not am größten ist. Innenpolitische Interessen dürfen kein Kriterium für entwicklungspolitische Weichenstellungen sein.“ Entwicklungshilfeminister Müller plädiert für Verhandlungen über Rückführungsabkommen und mahnt, auch Deutschland müsse seine Hausaufgaben machen: „Marokko und Tunesien fordern zu Recht, dass die Herkunft zurückgewiesener Flüchtlinge eindeutig festgestellt wird.“ ► SEITE 3

Die Macht der Worte – damals und heute

Ausstellung über Sprache im Nationalsozialismus ab 24. Januar im Mainzer Dom

„Volksverräter“ kürten Sprachwissenschaftler kürzlich zum „Unwort 2016“. Es ist keineswegs harmlos, sagt Peter-Otto Ullrich, Leiter der Ökumenischen Arbeitsgruppe 27. Januar. Das Wort hat eine besondere Geschichte.

Die Sprache des Nationalsozialismus war der Nährboden für die späteren Verbrechen des Regimes. Das veranschaulicht eindrucksvoll die Ausstellung der Mainzer ökumenischen Arbeitsgruppe „Gedenktag 27. Januar“ im Mainzer Dom. Worte wie das oben genannte „sind keine unschuldigen Worte“, betont Peter-Otto Ullrich, der Leiter der Arbeitsgruppe. „Diese Worte sind belastet. Man macht dadurch nicht nur bestimmte Worte einfach mal wie-



Peter-Otto Ullrich

Foto: Ellen Ullrich

der hoffähig, sondern kauft sich damit eine Ideologie ein.“ Denn die Sprachgemeinschaft war eine Ideologiegemeinschaft.

Für Ullrich bedeutet dies: „Mit den Worten ist auch die Ideologie eingesogen worden.“ Die spätere „Entnazifizierung“ durch die Alliierten habe nie die Ebene der Ide-

ologie erreicht. So waren schwer belastete Nazi-Täter in der Bundesrepublik bis weit in die 1970er Jahre in Führungspositionen selbst im Außen- und im Justizministerium tätig, wie jüngere wissenschaftliche Studien bestätigt haben. Von daher verwunderte es nicht, dass die NS-Ideologie auch in der Alltagssprache weiterhin latent vorhanden gewesen sei. Aktuell werde ihr Skandalpotenzial in bestimmten Kreisen – etwa in der AfD, aber nicht nur dort – bewusst eingesetzt. „Man weiß, wenn man bestimmte Worte benutzt, bekommt man Presse und Aufmerksamkeit.“

Die Ausstellung orientiert sich an den Sprachanalysen des früheren Dresdener Romanistik-Professors Victor Klemperer. Sein 1946 erschienenes „Notizbuch eines Philologen“ war der erste

Versuch, die Sprache des „Dritten Reiches“ zu untersuchen. Auch der Titel der Schau geht auf Klemperer zurück. Er deckte die Gift- und Drogenwirkung der NS-Sprache auf. „Sie entstand keineswegs erst nach 1933 gleichsam aus dem Nichts“, erläutert Peter-Otto Ullrich. „Und sie verschwand auch 1945 nicht spurlos im Nirgendwo.“ (mbn)

„Worte wie Gift und Drogen.“: Die Schau wird am 24. Januar um 18 Uhr im Mainzer Dom eröffnet. Zu sehen ist sie dort bis 30. Januar, ab 31. Januar in der Katholischen Hochschulgemeinde Mainz.

Die Arbeitsgruppe besteht seit 1996, als der damalige Bundespräsident Roman Herzog den Gedenktag 27. Januar einführte.